



HESSISCHER LANDTAG

HHA

Änderungsantrag

Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Drucksache 20/1407

Inhalt des Antrags: **2 zusätzliche Stellen für Richter sowie 2,5 zusätzliche
Stellen für Rechtspfleger an den Hessischen
Sozialgerichten**

Einzelplan **05** Hessisches Ministerium der Justiz

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 50 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit
Buchungskreis: 2470

Produktnummer lt. Leistungsplan 1

Bezeichnung lt. Leistungsplan Bereitstellung Rechtsprechungspotenzial Sozialgerichtsbarkeit

	Veränderung		
	von	um	auf
Leistungsplan:			
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	31.080,8	+188,6	31.269,4
Eigene Erlöse	601,5		601,5
Produktabgeltung	30.479,3	+188,6	30.667,9

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Es sollen 2 zusätzliche Stellen für Richter sowie 2,5 zusätzliche Stellen für Rechtspfleger an den Hessischen Sozialgerichten geschaffen werden.

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Für eine zu bewältigende Arbeitsbelastung, um Verfahrensverzögerungen zu vermeiden, für einen in jeder Lage reibungslosen Ablauf von Verfahren bis zur Urteilsverkündung, für eine qualitativ hochwertige Ausbildung von Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren.

Für die Stärkung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat sowie der Vorbeugung von Personalengpässen durch anstehende Pensionierungen.

Auch in der Fachgerichtsbarkeit besteht nach hiesiger Erkenntnislage eine Belastung von Peßbßy über 100 % (110,75 %). Es ist zu beachten, dass auch hier die elektronische Akte eingeführt und der gehobene Dienst traditionell in der Einführung

neuer Systeme stark eingebunden wird. Auch der Rechtspflegerverband hält für die Fachgerichtsbarkeiten eine leichte Aufwertung und Mehrung der Stellen für sinnvoll.

Ein Richtergehalt in R1 entspricht im ganzen Jahr 95.030 Euro und ein Jahresgehalt eines Rechtspflegers in A 11 entspricht 74.914 Euro und ein. Die Mittel in Höhe von 188.672,50 Euro wurden für den Zeitraum Juli bis Dezember 2020 angesetzt.

Wiesbaden, 15.01.2020

Für die Fraktion
der SPD
Die Fraktionsvorsitzende:

Nancy Faeser